

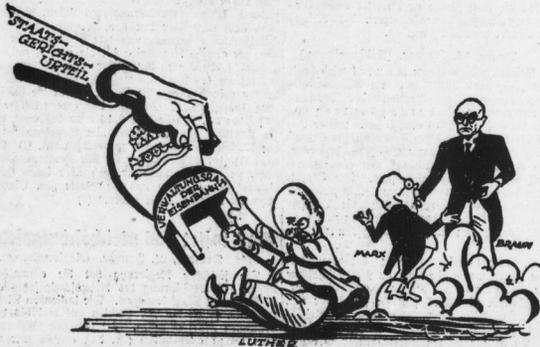
Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Illustriertes Beilage, „Arbeiterfreund“ sowie „Witz und Witz“. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisations- und amtlichen Organ verschiedener Verbände. Schriftleitung: Große Märkerstraße 6, Fernsprech-Anschlüsse Nr. 246 05, 246 07, 246 08. Persönliche Zustellungsvermittlung von 12 bis 1 Uhr. — Unverlangt eingesandene Manuskripte ist stets das Rückporto beizufügen.

Sozialdemokratische Tageszeitung
für
Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugspreis monatlich 1,70 RM. und 0,30 RM. Postgebühren, insgesamt 2.— RM. für Arbeiter 1,90 RM. Postgebühren monatlich 2 RM. ab Postamt oder vom Postboten angefordert 2,40 RM., bei direkter Einlieferung an den Bezugsnehmer 2,20 RM. Abrechnung 12 Mal im Voraus; und 60 Pf. im Restbetrag der Abrechnung. — Hauptgeschäftsstelle u. Verlag: Hall. Druckerei-Gesellschaft m. b. H. Große Märkerstraße 6. Fernruf Nr. 246 05, 246 07, 246 08. Postfachnummer 203 19 Erfurt.

Luther II.



„Und wenn die Welt voll Preußen wäre,
Und wollt ihr Recht erzwingen:

„Mein Pöckchen gede ich nicht her —
Es muß mir doch gelingen!“

Provokatorisches Auftreten der Landbundsleiter

**Sie drohen dem Staat -- Fronde gegen den deutsch-polnischen
Handelsvertrag -- Arbeiterdeportation verlangt?**

Berlin, 24. Januar. (Privattelegramm.)
Die am 23. Januar in Berlin verfallenen
Landbundsleiter von Brandenburg, Pomern,
Schlesien, Ostpreußen, Oldenburg, Thüringen,
Sachsen, Hannover, Mecklenburg-Vorpommern,
Westpreußen, Ostpreußen, Schleswig-Holstein,
Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Hanse-
städte Altona und Hamburg, Anhalt, Freistaat
Sachsen, Westfalen und Provinz Sachsen veröffent-
lichen eine Erklärung, in der es heißt:

1. Wir dulden keine Einflüsse landwirtschaftlicher
Erzeugnisse, die wir aus eigener Quelle hervor-
bringen können, insbesondere nicht den Absatz
eines polnischen Handelsvertrages, der nur auf
Kosten der Landwirtschaft, besonders auf Kosten der
Reinlandwirte (1) und der Landarbeiter
(2) abgeschlossen werden kann.
2. Wir werden unsere Betriebe so schnell wie die
Wirtschaftsformen des einzelnen Betriebes es erlaubt,
auf die einfachste Form umstellen. Der Zuder-
ribenbau wird möglichst unterbunden, als nicht ge-
nügend fähige Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt
werden. (3)
3. Wir stehen zu allen von uns eingegangenen
Verpflichtungen, können aber Zahlungen von Wech-
seln, Zinsen, Steuern und Abgaben nur noch aus
den ausstehenden Erträgen des Betriebes zahlen.
Wir werden alles daraufhin, ausreichende
Löhne für unsere Arbeiter und Angestellten sicher-
zustellen. (4)
4. Gegen eine zwangsweise Verteilung aus
landwirtschaftlicher Produktion werden wir von Fall zu
Fall die uns nötig erscheinenden Maßnahmen
ergreifen. (5)

Schieles Kollegen.

— Halle, 24. Januar.

Diese Sprache der Landbundsleiter ist un-
verständlich und herausfordernd. Die Herren
widerstehen dieser Ton nicht anzuliegen, wenn nicht
Schiele ihr Minister wäre. Willst du bei die-
se mutigen Matadore gar moralisch aufge-
pumpt. Die Landbundsleiter erklären: „Wir
dulden keine Einflüsse.“ Sie spielen sich
also hier als Gesegener auf, als han-
delungsvertragswidrige Staats-
faktoren. Oder soll diese Drohung vielleicht

bedeuten, daß sie mit Machtmitteln entschlossen
sind, gegen das Reich vorzugehen, wenn etwa
der polnische Handelsvertrag zum Abschluß
kommen sollte? Eine plumpe Demagogie stellt
ihre Bemerkung dar, daß der Abschluß des polni-
schen Handelsvertrages gegebenenfalls auf
Kosten der kleinen Landwirte und
Landarbeiter geschehen würde. Die
Rechten Landbundsleiter brauchen Scheinbar-
geheißlichkeiten und glauben aus diesem Grunde, sich
die Sympathien der genannten Kategorien
fischen zu müssen.

Wie es im Gehirne dieser Leute ausliegt,
zeigt die Bemerkung, daß sie den Zuder-
ribenbau einstellen wollen, falls nicht
genügend fähige Arbeitskräfte zur Ver-
fügung gestellt werden. Wer soll diese
Arbeitskräfte eigentlich zur Verfügung stellen?
Wer soll sie einem Unternehmertum zur Ver-
fügung stellen, das der Arbeiterschaft die schä-
blichsten Löhne zahlt sowie die miserabelsten Un-
terkundsbedingungen bietet? Verlangen die
Zuderribenbauern vielleicht, daß die
Regierung Industriearbeiter in die
Wohlfahrten der Zuder-
ribenbauern deportiert?

Betrachtet man die Dinge so, dann empfindet
man die Verhöhnung dieser Herren, daß sie in
Zukunft ausreichende Löhne an Arbeiter
und Angestellte zahlen wollen, als eine dumme-
breiße Verhöhnung der in Frage kommenden
Schichten.
Gegenwärtig verhandelt das Reichsministerium
über die Förderung der Landwirtschaft, die Pen-
sionsbankkredite in Höhe von 7 1/2
Millionen Mark zu streichen. Es ist
unannehmlich, und es muß befürchtet werden,
daß die Bürgerblockregierung in der Tat diese
Zunahme — und nimmt man die getrennt vom
Präsidenten des Reichslandbundes Depp aufge-
stellte Forderung nach rationeller Zuführung
von langfristigen Krediten zu ertragreichen Zins-
bedingungen noch hinzu —, wahrscheinlich noch

mehr den Agrariern aus den Steuererträgen
dieses Landbrotwirtschaft ruft. Dagegen ist ihr die
Ausgewinnung beihilft. Der Bürgerblock-
regierung kommt es gar nicht darauf an, hun-
derte Millionen ans Bein zu binden, wenn die

Eigene Fabrikation

**Die Halleische Moskauer-Filiale fordert zum Massenstreik aller
mitteldeutschen Arbeiter auf - Jeder Betrieb soll eine eigene
Streikleitung haben - So sabotieren sie**

— Halle (Saale), 24. Januar.

Die Kommunistische Partei und ihre Presse
leben bekanntlich von Aufrufen. Wenn sie
täglich einen Aufruf heraus, spüren sie
Todesnähe. Natürlich dürfen ihre Auf-
rufe nicht länger als eine Seite sein. Was
darunter ist, ist vom Teufel, was darüber ist,
kommt der Weltrevolution zugute.

Man kann sich ohne Besinnung vorstellen,
wie tief der Aufruf an den SPD, des hallen-
ischen Gegners, seitdem die großen gewerkschaft-
lichen Verbände beschloffen haben, bei
ihren Kämpfen von der kommunistischen Presse
keine Notiz zu nehmen, weil die kommunistische
Presse notwendig als Saboteur der
Kampffront und damit als Hand-
langer des Unternehmertums auf-
tritt. In klarer Auswirkung dieses Beschlusses
der Gewerkschaften erhält die SPD-Presse
natürlich auch keine Aufrufe, keine Entschlie-
sungen der mitteldeutschen Metallarbeiter.
Denn die Streikleitung weiß genau, daß jede,
wie immer geartete, Mitteilung an die kommu-
nistische Presse dieser nur dazu dient, gegen die
„Reformisten“, die „Beträter“, die „SPD-
Burkaulanten“ usw. vom Leber zu ziehen.

Die kommunistische Presse ist also sehr nie-
dergeschlagen, daß sie weder Aufrufe noch Re-
solutions der Zentralstreikleitung des deut-
schen Metallarbeiterverbandes in Mitteldeutsch-
land konzentrieren kann. Infolgedessen sind die
Beitrag in der Landesblockzeitung auf den Klagen
behalten genommen, ihre Aufrufe selbst zu
sabotieren. Die Bezirksleitung der Kommu-
nistischen Partei in Halle veröffentlicht darum
in der gestrigen Ausgabe des heutigen rechten
Vollgewissensblattes einen ganzseitigen Aufruf,
der den Massenstreik fordert. Man verlangt
nicht nur, daß sämtliche Metallarbeiter des Be-
zirks, auch diejenigen, auf die die Streikvor-
satzungen gar nicht zutreffen, in den Kampf
hineingezogen werden, man fordert auch die
Chemiearbeiter, die Zement-
Metallarbeiter, die Bergarbeiter
und die Landarbeiter auf, in den Aus-
stand zu treten. „Der Stoß muß gegen die
Hochburgen des mitteldeutschen Kapitalismus
geführt werden.“ Um den genannten Arbeiter-
kategorien den allgemeinen Ausnahmestand schmach-
haft zu machen, läßt man ihnen nach dem
Wort der unseligen Jahres 1921 vor, daß in
Thüringen, in Sachsen, in Bran-
denburg und wer weiß noch wo überall
die gleichen Kampfverhältnisse zum allge-
meinen Massenaufruf gegeben sind. Selbst der
Sauchhammer-Werger muß dabei

behalten. Für den Aufruf und die Absicht,
dieses Kampfbild sind folgende Sätze charak-
teristisch.

„Weshalb ruft ihr uns?“ „Weshalb
begehrt ihr nicht auf?“ „Weshalb fordert ihr
keinen menschenwürdigen Lohn?“ „Die Zeit
der Anarchie und des lamplosen Wanders ist
vorüber!“ „Neum Stellung in Gärten und
Pflanzungen!“ „Ruft die günstige Stunde!“
„Sticht euch die Kampffront!“

Nach dieser kleinen Kostprobe kann man sich
angehörig vorstellen, daß die Leitenden in der
Berlinerblockzeitung ihren Versuch wahrscheinlich
in der Handfläche liegen gelassen haben. Es
kommt aber noch besser. Der Aufruf fordert
die Arbeiter auf, in allen Betrieben eigene
Streikleitungen zu bilden. Die politi-
sche Verantwortlichkeit ist also schon dem Anarchis-
mus, bei der vollkommenen Zerstückelung der
Gewerkschaften, ihrer einfachen Grundregeln
und Grundfäden angefallen. Das natürlich jede
wie irgend geartete Verbindungskreis-
klärung abgelehnt und mit Verschärfung
des Kampfes beantwortet werden muß, ver-
steht sich bei diesen unpolitischen
Schredenskindern am Hande.

Der Aufruf zeigt, daß sie nicht nur verrückt
sind, sondern auch öffentlich als ver-
rückt gelten wollen. Es ist ein wahres
Gnäd, daß der Mehrzahl der kommunistischen
Arbeiter derartige Wutspinnerei keine
mehr bereitet. Der Grund ist sehr einfach.
Die kommunistischen Kundgebungen, Zehen,
Verschleifen, Plakate usw. werden in den
Zeitungen abgedruckt nicht mehr beachtet. Man
hält sie für theoretische Kundgebungen der-
jenigen, deren „Gehirn“-Sekrete irgendwo
abgelagert werden müssen. Und so wird auch der
Aufruf der kommunistischen Bezirksleitung zum
allgemeinen Massenstreik bei den Metallarbei-
tern und bei den übrigen Arbeiterkategorien
aufgenommen werden.

Wir verstehen den Aufruf, ausgegallert
zu sein. Wir können es den Unteroffizieren der
Moskauer Arbeiterarmee nachfühlen, wie die
Sorge an ihnen reißt, daß sie neben dem
großen mitteldeutschen Metallarbeiterstreik ein-
berufen müssen. Aber es ist nicht ganz
verständlich, warum sie das wie struppige Roter
tun, deren Gehell in den meisten Fällen nur
auf den Grad ihrer Däblichkeit aufmerksam
macht.

In den Kreisen der Metallarbeiter, die
über den Aufruf heute vormittag diskutierten,
gab es nur zwei Lager: Die einen lachten,
den anderen schüttelten den Kopf. Erstgenannt
wurde er von Lenin.

So ändern sich die Zeiten.

Der beleidigte Kapitän a. D.

Das Brigadegeschwader des christlichen Patroles
in Leipzig „Die die Flotte gebildet“ (A. D. B.)
Die) soll Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens
werden, weil dieser in dem Vorwort zu dem
Lagebuch betundet habe, daß er mit dem Gesamt-
inhalt des Buches, also auch mit der angeblichen
Beschreibung einverstanden sei. Der Geschichtsbuch-
ausstufung des Reichstages hatte für diese grobe Be-
hauptung kein Verständnis und verlangte die
Genehmigung zur Strafverfolgung des Ab-
geordneten Dittmann.

drückt worden. Jetzt klagt Fischer gegen den chris-
tlichen Arbeiter Stumpf in Nürnberg und gegen den
Redakteur Carl Rißig als Verantwortlichen der
„Christlichen Zeitung“. Er wollte die Klage aus
den sozialdemokratischen Abgeordneten Dittmann
ausprechen, weil dieser in dem Vorwort zu dem
Lagebuch betundet habe, daß er mit dem Gesamt-
inhalt des Buches, also auch mit der angeblichen
Beschreibung einverstanden sei. Der Geschichtsbuch-
ausstufung des Reichstages hatte für diese grobe Be-
hauptung kein Verständnis und verlangte die
Genehmigung zur Strafverfolgung des Ab-
geordneten Dittmann.

Der neue Wehrminister.



GRÖNER

„Ein Kollege? Pflui Spinne, der kennt unsere Schliche!“

Stats-Kritik

**Ruth Fischer erteilt Zensuren - Keil contra Koehler
Die notleidende Landwirtschaft**

Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. Januar. (Soz. Presseblatt.)

Der Reichstag ließ am Montag eine Rede der Reichstagsministerin Ruth Fischer über sich ergehen. War es ihr Schwanzgeißel? Dem nächsten Reichstag dürfte sie nicht mehr angehören. Als konsequente Weltrevolutionärin ist sie von der deutschen kapitalistisch-kommunistischen Konföderation in Berlin verworfen, und aus eigener Kraft werden es die radikalen Kommunisten sicherlich zu einem Mandat bringen. Die um Thalman und Koenen erhalten die Moskauer Sitzplätze, und nicht die Ruth Fischer, Schöler und Kap. Reichling scheidet Ruth ihre Reichstagsmandate in der Saal. Die SPD. wurde von ihr ebenfalls nicht niedergelassen, wie die SPD. Gröner? Er ist ein geheimer Genosse der Sozialdemokraten. Der Kommunist Thälmann? Nicht die Spur eines Revolutionärs. Er redet wie ein schlechter linker Sozialdemokrat. Warum die kommunistische Zeitung gegen Ruth? Brandler ist doch auch nicht viel besser. Ueberhaupt diese SPD. rotter jeglichen revolutionären Geist in ihrer Mitgliederhaft aus. Eberding kämpft sich bei der Bourgeoisie an und Eberding kämpft sich bei Eberding an. Das ist der ganze Unterschied. Die Kommunisten sind in Wirklichkeit zahme Reformisten, während Ruth Fischer als blutrote Jungfrau von Dilemma den heiligen bewaffneten Krieg gegen den Bürgerkrieg führt. Die reformistischen Kommunisten werfen ihrerseits in ungeschwämmt die radikale Parteiführerin bedrückende Zwangsarbeiten

an den Kopf. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schamlos. Die Bürgerlichen lassen laut auf. Mit heftigem Jubel tritt Ruth Fischer von der Tribüne ab und schreit mit wilden, voller Verachtung durch die Reihen der rechts-kommunistischen „Arbeitervertreter“ und „Arbeitervertreter“.

Ruth Fischer keinen parlamentarischen Roman adäquat hatte es der Reichsfinanzminister (Schöler), das Ohr des Hauses für eine längere Empörung auf die Entschiedenheit der Redner seit aller Parteien gemindert. Es war auch nicht viel Ökonomie in dieser neuen Kollaboration. Immerhin hat die Kritik den Reichsfinanzminister innerhalb 24 Stunden dazu erregt, die Finanzen viel ernüchtert auszumalen, als es in seiner Sprache gebräuchlich war. Auch ihm geht vor dem Staat 1925 mit seiner vollen Verantwortung. Er fordert freigelegte Sparmaßnahmen. Das gab dem sozialdemokratischen Abgeordneten Keil so viel Stoff für eine temperamentsvollen Oppositionsrede. Er zeigte auf den Finanzstand der Reichsregierung. Wie viele Millionen Mark mögen es noch in verdeckten Taschen ruhen? Was sind das für Zustände, wenn ein beliebiger Offizier hinter dem Rücken der Regierung über Millionen-Mark verfügen kann? Keil nimmt sich dann den nächsten Anker vor, der nicht wagt, dem Reichsfinanzminister Ruth a. R. zu sagen, daß er zu Unrecht im Verwaltungsrat der Reichsbank, zu Unrecht die Aufsichtsgelder von 24 000 M. im Jahre in die Tasche steckt. Er konzentriert den Witz seiner Rede, dessen Hauptgegenstand die württembergische Abgeordnete dem württembergischen Reichstag angehört.

berühmten Staatspräsidenten Dajille dem Randmann Rapotens, Worte des Unterchieds zwischen denationalen Parteien und einer Staatspolitik für die deutsche Nation, die von Dajille Fraktion (Schöler) hingenommen werden. Es scheint nicht gerade, als ob die deutschen Reichstagsabgeordneten sich für ihren württembergischen Fraktionskollegen besonders interessieren, mehr als ein paar erklärende Worte bringt der folgende deutschnationaler Redner Dajille auf. Mit der Dajille Fraktion ist wirklich kein Staat zu machen.

Die Rede des deutschnationalen Dajille ist übrigens auch recht kritisch gegen den Finanzminister seines Regierungsbündnis abgelehnt. Dajille selbst ist schon recht, meint Dajille, aber das Konjunkturloos des Reiches ist eindeutig,

und dann kommen die allgemeinen deutschnationalen Klagen auf die Woi bei Dajille. „ganz untergeordnet, als ob alle Handwerke ohne Ausnahme von einer Dajille Fraktion seien. Auf dem Wege scheinen die deutschnationalen ihre Wählerliste machen zu wollen. Man wird deshalb rechtig Vergleiche zu ziehen haben zwischen dem harr schwebenden, schwebenden Arbeiterbauern und den Dajille Fraktion, an deren große Outlets auch jetzt die Rat noch nicht post.“

Genau, Dienstag, Abhülft der ersten Beratung des Reichshauses, dem Abhülft der Dajille Fraktion über die Dajille Fraktion, die sich nun schon seit Monaten im Reichstag fortgesetzt, und Beginn der zweiten Beratung des Reichshauses.

Wirtschaft und Zentrum im Kampf um das Reichsschulgesetz

Was dem Zentrum noch nicht genügt

Berlin, 24. Januar. (Radiomeldung.)

Das Reichsministerium befaßt sich am Montag u. a. auch mit der Frage der Reichsschulgesetz. Man kann in dieser Frage dem Druck der Opposition nicht mehr antworten. Vor allem fordert auch die Wirtschaft endlich Klarheit. Die Auseinandersetzungen im Reichstag führen am Montag aber noch nicht zu einem Reichsschulgesetz. Die Diskussionen sind noch weitgehend unklar. Die Parteien im Reichstag sind sich nicht einig über die Reichsschulgesetz.

Ränder unter ein Ausnahmerecht gestellt werden sollen. Falls es der Reichstag das Reichsschulgesetz nicht möglich sein sollte, steht grundsätzliche Auflosung des Zentrums Rechnung zu fragen, so wird die Zentrumspartei die Verhandlungen nicht nicht vorzeitig abbrechen. Ihre Fortführung werde vielmehr noch Gegenstand einer eingehenden Beratung der Reichstagsmitglieder zu werden. Es ist ja auch nicht allein der § 20, in Bezug auf den wir noch bestimmte Forderungen durchzusetzen haben, vielmehr auch noch über den § 9, der den geordneten Schulbetrieb behandelt, und den § 14 zu sprechen sein, der gewisse Bestimmungen für die im Reichstagsunterbestimmten Reichsminister aufstellt. Der § 9 hat infolge der Formulierung, die er in der ersten Beratung gefunden hat, die Folge, daß er die Errichtung konfessioneller Schulen außerordentlich erschwert, und in den § 14 wird bestimmt, daß die Errichtung der konfessionellen Schulen mit den Reichsschulgesetz geschehen soll. (1) Die Errichtung (1) Formulierung genügt der Zentrumspartei nicht, sie verlangt vielmehr, daß über ihren Finanzangelegenheiten wird und die Worte „im Einklang mit“ an ihre Stelle treten. (1)

Was kostet das Reichsschulgesetz?

Dresden, 24. Januar. (Radiomeldung.)

Die sächsische Regierung hat die einmaligen Kosten zur Ausführung des Reichsschulgesetzes auf 37 Millionen Mark berechnet. Die laufenden Ausgaben sollen sich für Sachsen auf drei bis vier Millionen Mark belaufen. Die sächsische Regierung stellt sich ausdrücklich fest, daß es sich nur um eine reine Reichsschulgesetzberechnung handelt.

Voraussetzungen zur Regierungsbildung

Osl, 24. Januar. (Eig. Drahtber.)

Anläßlich des bevorstehenden und durch die letzten Wahlen notwendig gewordenen Rücktritts der norwegischen Regierung hat der Vorstand der norwegischen Arbeiterpartei beschlossen, in der gegenwärtigen Situation nur dann die Verantwortung in der Regierung zu übernehmen, wenn dadurch die Durchführung der notwendigen und wichtigsten Forderungen gesichert ist. Als diese Forderungen wurden bezeichnet:

1. Aufhebung der Nachzahlungsgesetze; 2. Wahrung der Steuerbefreiung für Arbeiter, Beamte und Gemeindevorsteher; 3. Verminderung der Arbeitslosenversicherung; 4. Erhöhung des Mindestlohns; 5. Wiedereinführung des Lohnschutzes und Aufhebung der Kontrolle; 6. Kontrolle über die Betriebsmittel der Arbeiter und Kontrolle über die Ausfuhr von Rohprodukten.

Ein unbekanntes Schubertlied

Die Werke Franz Schuberts sind uns nicht vollständig bekannt. Häufig werden neue Schubert-Kompositionen entdeckt. So erst vor nicht allzu langer Zeit die sogenannte Unvollendete, für deren Fortsetzung ein amerikanisches Frauenschülerin angefragt wurde. Man erinnert sich vielleicht noch an die durch Robert Schumann entdeckte C-Dur-Sinfonie, deren Aufführung große Schwierigkeiten entgegenstanden. Erst ganz allmählich hat sich diese Sinfonie im Konzertprogramm durchsetzen können.

Unter den Schubertliedern befindet sich der ungenannte „Schwanengesang“, so durch die auf die Tränenwürde fesselnden Verleger genannt. Auch diese Gesänge sind erst nach dem Tode Schuberts gefunden und der Öffentlichkeit übergeben worden. Und immer wieder kommen neue Schubertlieder vor.

Ein großes Verdienst um die Auffindung solcher Schubertlieder hat sich Otto Erich Deutsch, der bekannte Schubertforscher, erworben, der auch jetzt wieder ein unbekanntes Schubertlied aus Anlass des großen geplanten Schubertfestes veröffentlicht. Es handelt sich um ein völlig unbekanntes Lied, das in 18. Walm in der Uebersetzung Wolf-Brandelschloßs verortet. Das Lied stammt aus dem Jahre 1819 und scheint Anfang Juni geschrieben worden zu sein; denn von Schuberts Hand führt darunter „Juni 1819“, davon ein durchstrichenes M., das darauf schließen läßt, daß Schubert in Gedanken noch im Mai war.

Das Lied in dem Hause Wiplingerstraße 2 in Wien komponiert worden sein. Die Musikstiftung wird es wohl bald in allen Konzertsälen zu hören bekommen.

Der Bettlertrutz in Moskau.

Wie die Moskauer Arbeiterzeitung berichtet, besteht in der russischen Hauptstadt seit langem ein vorzüglich organisierter Bettlertrutz. Der Trutz hat eigene Zentralkomitee, die bisher noch nicht ermittelt werden konnten. Man vermutet, daß sie sich im Geschäftsviertel befinden. Die Zahl der Mitglieder des Trutz soll 150 Bettler betragen. An ihrer Spitze steht ein „Generaldirektor“, der zugleich geschäftlicher Leiter ist. Der Generaldirektor betreibt nicht, sondern lebt von den Tantiemen, die ihm die Bettler bezahlen. Es ist nicht leicht, in den Trutz, der seinen Mitgliedern große Vorteile bietet, einzutreten. Man muß vor allem aus dem Gouvernement Kalgan stammen und dies einwandfrei nachweisen können. Diese merkwürdige Bestimmung erklärt sich daraus, daß beinahe sämtliche „Fahrbettler“, die in Moskau eine Klasse für sich bilden, aus dieser Gegend der Sowjetunion gebürtig sind. Die zweite Bedingung ist: die Tantieme des Bettelns auf zu beziehen, die dritte, sich den Statuten des Trutz als Mitglied des Trutz betragen ungefähr 40 Rubel im Monat, ein Sowjettrutz kann ganz ähnliche Summe, wenn man bedenkt, daß ein mittlerer Beamter und Angestellter 50 bis 60 Rubel im Monat verdient. (Die Tantieme ist in Moskau für die arbeitende Bevölkerung sehr niedrig und beträgt 3 Rubel monatlich für das Zimmer.) Ist der Bettler jedoch ein besonders geschickter Bettler, so kann er sein Einkommen noch wesentlich steigern. Zahlreiche Bettler haben in ihren Heimatorten aus dem Trutz großen Gewinn erzielt. In Moskau wohnen sie in Klostern. Haben sie eine größere Summe zusammengeparnt, so können sie in ihre Dörfer zurück, um dort ein für ihre Verhältnisse bequemes Leben zu führen.

Petrarcas Rabe.

Als die Schüler Petrarcas ihren bewundernden Meister am 18. Juli 1374 wie gewöhnlich in seiner Bibliothek aufsuchten, fanden sie ihn an seinem Arbeitstisch, den Kopf über ein aufgeschlagenes Buch gebeugt. Als sie den Dichter wieder wollten, merkten sie zu ihrem Schrecken, daß er tot war. Witten in der Arbeit war er aus dem Leben geschieden worden. In seinem eigenartigen Testament hat der Dichter einem seiner Freunde (seinen geliebten Becher) vermacht, mit dem Rat, mehr Wasser als Wein daraus zu trinken, wie er es stets gehalten habe. Einem anderen Freunde vermachte er seine Rute, und seinem Lieblingspfeifer, von dem er wußte, daß er das Geld verachte, hinterließ er 50 Dukaten zur Anschaffung eines neuen Schlafrockes. Witter über sein letztes Bittgebet, seine Rute, hatte er nicht verfügt, und niemand wußte, wo sie geblieben ist. Einer seiner Freunde soll das Tier mit sich nach Vaudluis genommen haben, und dort soll er die Rabe, die als Bestattung Petrarcas eine Ehrenwürdigkeit bedeutete, gegen Entgelt den Durchreisenden gezeigt haben. Als dann die Rabe gestorben war, ließ er sie ausstopfen, um die ergiebige Einnahmequelle nicht zu verlieren. Dieses enttäuschende Bittgebet soll der Freund Petrarcas, Witter, nicht mehr in Erfahrung bringen konnte. Witter hat sich in der Arbeit über die Rabe geäußert, denn ausgestopfte Tiere pflegen sich nicht allzu lange zu halten. Welches die echte Rabe, die anhängliche Gefährtin Petrarcas, und welche ihre unermüdeten Radfahrerinnen waren, konnte nicht ermittelt werden.

Julius Berns.

Jum 100. Geburtstag des sächsischen Roman Schriftstellers.



Julius Berns' Werk „Die Wälder“ ist ein Roman, der den Kampf zwischen dem alten und dem neuen Denken in den Wäldern zeigt.

Tollers „Goppa, wir leben!“ in Kopenhagen.

Die Aufführung von Tollers „Goppa, wir leben!“ in dem kleinen literarischen Theater in Kopenhagen hat einen ungewöhnlich starken Erfolg gehabt, der in vielen ausverkauften Häusern — zu doppelten Preisen — zum Ausdruck kommt. Die Aufführung ist, soweit es die technischen Mittel der kleinen Bühne zulassen, an Wälders Artigkeit angelehnt. Die gesamte dänische Presse von links bis rechts stellt Kopenhagen etwas Ähnliches noch nicht erlebt habe.

Die Aufführung, Genie, Dienstag, abends 8 Uhr, in der Halle in der 8. Zimmer, Mittelstraße 6: Ludwig-Georg-Verlag. Einige Stunden nach dem Eintritte.



Bilder vom Metallarbeiterstreit.

Die Besammlung. Die zweite Streikwoche beginnt mit einer wichtigen Besammlung im 'Kollplatz'...

Der Demonstrationstag.

Nachdem die Besammlungen beendet, formiert sich in der Gartenstraße ein Demonstrationstag...

Die Reden.

Aber nicht alle, die an den Besammlungen teilgenommen haben, traten zum Zuge an. Viele meinten, sie wollten hier im Norden und wollten nicht erst da hinaus...

Solche und solche Führer.

Es gibt in den Laren der Metallbetriebe solche und solche Führer. Das haben die Metallarbeiter gelernt. Das haben sie nicht nur von den Führern...

'Klassenkampf' - Gräße.

Der Zug hat sich in der Gartenstraße aufgelöst. Zwei Gewerkschaftsmitglieder (sie wohnen im Norden der Stadt) gehen durch die Straßen ihrer Wohnung zu...

Der Stadtandrang.

Bei dem man mit einer mehrstöckigen Wohnhausanlage rechnet, soll nun bestimmt am 30. Januar vor-mittags 9 Uhr im Spornerschloß das Landgerichtsgesamtsamt zur Präsensung beginnen...

Von der Straße ins Krankenhaus.

In der Metzgerberg Straße wurde ein von einem Mann geführter Handwagen von einem Personentransport angefahren. Durch den Anstoß kam der Führer der Handwagens zu Fall und trug Verletzungen davon...

Jugendlicher Missetäter.

Gestern nachmittag wurde die 16 Jahre alte Lernende Käthe Müller in der Königsstraße von drei Jungen mit Schilfmessem bestraft. Als sie sich die Beleidigung verbat, fielen einer der Jungen mit dem Tafelmesser auf sie ein...

Die Szene wird zum Tribunal!

Ein ungewöhnlicher Vorgang im halleischen Stadtparlament. - Gefälschte Unterschriften unter dem kommunikativen Entlassungsantrag. - Kommunifische Gebreden gegen die Gewerkschaften, Liebeswerben um die Anorganisierten. - Die 'Entlarver' entlarvt.

Auf Befehl der Berliner Parteizentrale müssen die Kommuniften jetzt in allen Gemeindeparlamenten Anträge auf Demissionierung von Steuer-mitteln für die streikenden Metallarbeiter stellen...

Sagen sie! In Wirklichkeit verfolgen diese genialen Arbeitervertreter mit ihren geröteten ir-rinnigen Forderungen nur den Zweck, die Front der Streikenden zu zerreißen...

Doch sie auch mit ihrem neuesten (ein schändliche Blamage erleiden, das jetzt eindringlich genug der Verlauf der gestrigen außerordent-lichen Stadtverordnetenversammlung...

'Klassenkampf' mit gefälschten Unterschriften. Der Vorleser erklärte nämlich, daß wohl der größte Teil der Unterschriften unter dem Antrag nicht von den Namensträgern herrühre, also ge-fälscht sei...

Die Sitzung mittels gefälschter Unterschriften von den Kommuniften gefälscht worden sei, mußte man nichts anderes von sich zu geben als: Das ist unsere Sache! Sehr richtig...

Nachdem der Fraktionsvorsitzende, der für die Blamage verantwortliche Stadtver. Günther ein gutvolles Regenbogenspektrum von sich ge-geben hatte, schrie bei einem Zelle der kommunifischen Fraktion an der Brust, was er über die unfähige unorganifizierte Fraktion konnte...

Der Vorleser der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Schaumburg, befaßigte sich für, dafür aber um so beständiger, mit den einzig wahren Vertretern der halleischen Unorganiften und erklärte sich richtig: Wenn ein Ge-werkschaftsvertreter diese Rede in einer Streikver-sammlung gehalten hätte, dann würde er mit Recht sich den Gehörwurf zuziehen...

Die Antwort der Gewerkschaften. Die sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament brachte nur ein Kommuniften fertig. Die sozialdemokratische Fraktion ist erstreckt darüber, daß die Metallarbeiter einzig und geschlossen die Betriebe verlassen haben, um gegen untragbare Ausbeutung zu protestieren. Sie spricht die Hoffnung aus, daß es ihnen gelingen möge, das er-lährte Ziel zu erreichen. In dieser Situation weiß

der kommunifische Redner nichts anderes zu tun, als schwarz zu malen und auf alles mögliche und unmögliche zu schimpfen, eine Rede zu halten, als sei der Streik bereits zusammengebrochen und gelte, nur noch seiner Schwärzung Ausdruck zu geben...

Was für eine Rolle im Sitzungsplan eines Stadtparlament mit bürgerlicher Mehrheit abspielt, ist in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung noch nicht dazwischen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn ein Gewerkschaftsvertreter vor dem Zirkel erklärt hätte, daß man zum Unternehmern gehen müsse, um die Mittel zum Kampf zusammenzubekommen, man hätte ihn buch-stäblich heruntergeschrien. (Sehr richtig!)

Welche Konsequenzen ergeben sich aus der letzten gehaltenen Rede gegen den Bürger-stand und die SPD? Man verlangt von den Bürgerlichen, daß sie 50 000 Mk. hergeben, damit ihre Kassengehörigen in Kapitalistentrennen be-liebig werden können. Ein derartiges Einberufen bringen nur die Kommuniften fertig.

Eigentümlich berührt es nur, daß der derzeitige Führer der halleischen Metallarbeiter, obwohl er heute unter uns weilte und genau über die wirt-lichen Verhältnisse unterrichtet ist, bei Stadtver-ordnungsarbeiten, die halleischen und die angebl. Vertretung der organiften Metallarbeiter ausgerechnet einem Unorganiften überläßt. Man weiß, warum! In der Fraktion hat es schwere Kämpfe gegeben, und die Bemühungen Wittigs, seine Freunde von dem Lin-ken abzutrennen, sind bekannt. Das ganze Ver-hältnis ist nicht neu! Es kommt den Kommuniften nicht darauf an, wie der Streit ausfällt. Hauptsache ist, ihre politische Parteiappete wird am Leben erhalten. Ein Mann kann einem an-deren, wenn man daran denkt, daß heute, die kommunifische Presse, 'geistig' beeinflusst ein-mal in die Lage kommen könnten, Streiks zu führen...

Ein Jurist Föhrer veranlaßte den Redner zu der treffenden Erwiderung, daß unter seiner (Föhrers) Führung eine solche Einheitsfront nie-mals zustande gekommen wäre. Welch ein Wiber-sinn in den kommunifischen Kreisen liegt, wird auch dadurch bewiesen, daß die kommunifischen Gewerkschaftsangehörigen von Staffari und Eilenburg sich gegen diese Forderungen der Kommuniften gewandt haben und auf der Kon-ferenz für die bekannte Entschließung stimmten. Die Kommuniften seien immer diejenigen, die von der Heftigkeit des Klassenkampfes sprechen. In Kon-ferenzen in Halle hat gegen vier Stimmen ent-schieden, daß sich die Metallarbeiter die kommuni-fische Einmischung entschieden verbiten und die halleische Selbst zur Führung gewerkschaftlicher Kämpfe übernehmen sollten. Das alles rührt bei halleische Kommunifikation nicht. Die Metallarbeiter Mitteldeutschlands haben Vertrauen zu ihrer Leitung, und wenn in Halle einige noch die Ausnahme bilden, dann ist es nur darauf zurückzuführen, daß systematisch ge-gebet, organisiert wird. Den halleischen Gewerkschaftsarbeitern, dem Ansehen der gewerkschaftlich organiften Metallarbeiter sind wir es schuldig, wenn wir diesen Antrag ablehnen. Das tun wir heute, und werden es auch künftig tun. Wenn die, zu den Kommuniften, schon so tief gelan-gten, sich im ganzen Saal umherbewegen, dann können wir dargin nichts ändern. Wir über-lassen es den Kommuniften, auch weiterhin die Vertreter der halleischen Unorganiften zu sein. Obwohl dazu genügend Zeit und Gelegenhei-

gegeben war, meldete sich niemand mehr zum Wort. Erst als der Vorsitzende die Ablehnung des Antrages festgestellt, machte der Mann mit den zwei Seelen, der halleische Gewerkschaftsmit-glied 3 11 14, einige zappende Bemerkungen, die so aussehend klingen, als wollte er die gewerkschaft-lichen Verhältnisse als Gewerkschafts- und kommunifische Stadtverordneten durch Wortmalerei klären. Jeder hätte aber das Gefühl, daß ihm ein großer Stein vom Herzen gefallen war, als der Vorleser ihm ein 'Zu paß!' zurief.

Die in der Rede stehenden Kommuniften wußten sich nicht anders zu helfen, als während der Ausführungen Schaumburgs den gewöhnlichen Kraxel zu wühlwühren, in der Hoffnung, daß der Vorleser zu Wortregelungen förtieren werde. Et-ta ihnen erstreckten sich die Gefallen nicht, und bezeugte sich mit einigen Erdungsaufen. So war die Verbindung mit der Galerie nicht ganz flapsig, arteile das Ganze in eine Tragikomodie aus.

So haben es die Moskowiter bestimmt nicht gemollt.

Die Stimme von oben. Schon vor 4 Uhr hatte der kommunifische An-trag den Aufgang zur Tribüne des Stadtverord-nungsungsaules befeh, trotzdem der Anfang der Sitzung erst um 5 Uhr angefangen war. Sie sollten scheinbar das Doppelte bilden, das die SPD-Fraktion zur Begründung ihrer 50 000-Mark-Forderung für unangenehm für die halleischen Arbeiter, die man jetzt über 25 Jahre organisiert sind, war das Veranlassung, sich ebenfalls um Ein-lauf zu bemühen. Sie kamen allerdings erst kurz vor Beginn der Sitzung und fanden die Tribüne durch vorherige Besetzung der halleischen Arbeiter besetzt. Als Tribüne fungierte Herr Dertel, Angestellter der Krankenkasse. Jeder stellte sich durch die Anwesenheit der SPD-Metallarbeiter heraus, daß Tribünen und Drehteller nicht so recht in Kontakt kommen konnten. Ein Mann und man allein einsehendes Musikinstrument der Dertel-schen Kapelle (es war das jüngste und ungeliebte) wurde von der Tribüne gemieien. Nach der Sitzung der Stadtverordneten ließ dann Herr Dertel seine Mut über das mitleidige Kommen durch vorherige Besetzung der halleischen Arbeiter der SPD-Metallarbeiter vom Stapel. Ein be-dauerntwertes Menschlein.

Wie sie parierten!

Prompt auf Befehl der halleischen SPD, hatten auch die kommunifischen Stadtverordneten in der Saal den Antragsantrag gestellt, der streikenden Metallarbeitern 300 Mk. zur Verfügung zu stellen. Der Kommunifische Be-lag wurde in der gestrigen Stadtverordnetenversam-mlung in einer Weise, der wir schärfsten Kritik herausforderte. Stadtverordnete, Ber-ber (Soz.) der selbst streikende Metallar-beiter ist, verbat sich auf das entschiedenste, daß hier wiederum der berechtigte gewerkschaftliche Kampf als Verheimlicht der SPD, benutzt wird. Er betrat den bekannten Standpunkt der Organi-sationseitung, welche der Streit Sache der Metall-arbeiter ist und nicht der kommunifischen Partei. Nachdem der gestrige Herr Beilge noch einmal versuchte, in demagogischer Weise gegen die Organi-sationseitung vorzugehen, nahm der sozial-demokratische Stadtverordnete Schürer das Wort und riefte bei kommunifischen Mandar-ten in die richtige Beleuchtung. Schließlich wurde der Antrag, der nur dazu angeht war, gegen die Stimmen der SPD, abgelehnt.

Reichsfinanzpolitik und Städte.

Der Vorstand des Deutschen Städtebundes lehnt die Verantwortung für die Folgen der vom Bürgerbund betriebenen fahdenfingigen Politik einmütig ab.

Der Vorstand des Deutschen Städtebundes, der gestern zu einer Sitzung in Berlin zusammentrat, nahm einstimmig eine Entschlie-ssung an, in der ihm im Hinblick auf die gesteigerte finan-zial- und wirtschaftspolitische Spannung in der halleischen Stadtverwaltungen die dringende Auf-forderung gerichtet wird, jede vermeintliche Aus-sage zu unterlassen. Wenn sich durch die notwen-digen Ausgabenbeschränkung bei den Gemeinden Aus-wirklungen auf den Arbeitsmarkt und den Beschäftigungsgrad ergeben, so läge die Ursache in der Finanzpolitik des Reiches. Während die Wirtschaft für sich eine Sentung der Real-ökonomie verlangt und eine Reihe von Interessen-gruppen die Beilegung der ihnen unabweisbar em-treuer betriebe, so daß die Gemeindegemeinden immer wieder eingeschränkt würden, seien den Gemeinden auch in den letzten Monaten fort-gesetzt neue Zahlen aufgelegt worden. Die Be-zugszahl 1923/24 für 1923 ist ungenügend. Dazu komme, daß das Reichsfinanzgesetz eine weitere wesentliche Entlastung auf Folge haben werde.

In einer zweiten Entschließung weist der Vor-stand des Deutschen Städtebundes den Vorwurf zurück, daß der Städtebund der bezugsvergerung der Wirtschaft ein rein fahdenfingiges Inter-essen unter dem Deckmantel sozialer Reformen ver-folgt und die Städte ein Interesse an der Steige-rung des Mißbrauchs hätten. Der Vorstand des Städtebundes habe eingehende Grundsätze über die positive Bekämpfung des Mißbrauchs

aufgestellt. Ein Mißbrauchsverbot für Deutschland er-strebe der Städtebund nicht. Ostranksteuerern aber seien notwendig, um eine wirtschaftlich untragbare, sozial ungerechte Anspannung anderer Steuer-quellen zu verhindern.

Die Vertretung Minderjähriger.

Von der Bevölkerung wird immer noch die An-sicht vertreten, daß bei Streitigkeiten Minderjähriger aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnis diese ohne die Zustimmung des Vaters oder sonstigen gesetz-lichen Vertreters selbst keine Vereinbarungen treffen können. Wiederholte Fälle, in denen bei Streitig-keiten vor dem Arbeitsgericht der Vater ohne ausdrückliche Vollmacht des Minder-jährigen als dessen Vertreter erschienen war und aus formellen Gründen deshalb die Klage zurückgewiesen wurde, veranlassen uns, in dieser Beziehung auf den Vortrag der halleischen SPD, hinzuweisen. In diesem heißt es: 'Ermäch-tigt der gesetzliche Vertreter den Minderjährigen, in Dienst oder in Arbeit zu treten, so ist der Minder-jährige für solche Rechtsgeschäfte unbefristet ge-fähigt, welche die Eingabe, oder Aufhebung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses der gefassten Art oder die Erfüllung der sich aus einem solchen Verhältnis ergebenden Verpflichtungen betreffen.'

Das bedeutet also, daß eine Klage beim Arbeits-gericht von dem Minderjährigen selbst eingeleitet werden muß. Auch hat er dann selbst keine Angelegenheit zu vertreten, sofern es nicht dem gesetz-lichen Vertreter eine entsprechende Vollmacht er-teilt. Nach uneren Erfahrungen möchten wir aber hiervon absehen. Auch der Minderjährige soll sich gewerkschaftlich organisieren können. Ein solches Streitfall kann er dann einen auf arbeits-rechtlichem Gebiet befähigten Gewerkschaftsmit-glied bei der Vertretung seiner Interessen bevollmäch-tigen.

